

## Kein Respekt vor Kleinen

**URTEIL** Zu „Mindestgröße für Polizistinnen ungültig“ (vom 9. 8.)

Es gab diese Auswahlverfahren schon immer. In der heutigen Zeit, in der die Polizei bei normalen Einsätzen es schon schwer hat, nimmt man eine 163 Zentimeter große Polizistin gar nicht für voll. Das ist einfach so. Bei Ausländern schon mal gar nicht. Das ist die Realität. Es wäre für sie gut, wenn sie sich mal mit der Kommissarin Tania Kambouri unterhält, die das Buch „Deutschland im Blaulicht“ geschrieben hat. Mein Mann war Polizeibeamter. Man nahm auch keine Brillenträger. Aber vielleicht kommt sie selbst drauf, dass sie zu klein für diesen Beruf ist. **INKA-MARIA HIMMEL, BERGISCH GLADBACH**

## Jeder macht sein Ding

**ANSCHLAG** Zu „Hamburg: Ahmad A. war als Islamist bekannt“ (vom 31. 7.)

### Frühzeitig reagieren

Das Messerattentat in Hamburg ist nach dem Fall Amri schon der zweite Fall, im dem ein abgelehnter Asylbewerber, der mangels Papieren nicht abgeschoben werden konnte, Menschen geschädigt hat. Der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, Kanzleramtsminister Altmaier, hat in einem Zeitungsinterview erklärt, er rechne mit einem neuen Abschieberekord. Das Gegenteil ist der Fall. Im ersten Halbjahr 2017 betrug die Zahl der Abschiebungen rund 12 500, im Vorjahreszeitraum 13 700. Der Rückgang wird auch nicht durch freiwillige Ausreisen kompensiert: Diese sind nach neuesten Meldungen im ersten Halbjahr 2017 ebenfalls zurückgegangen. Da bekanntlich ein Großteil der Flüchtlinge keine Papiere hat, sind Abschiebungen praktisch ausgeschlossen. Es gibt deshalb nur eine einzige Lösung: Ein Asylbewerber, der ohne Papiere einreisen will, muss an der Grenze zurückgewiesen werden. **HEINZ-JÜRGEN WURM, SIEGBURG**

### Völlig überfordert

Nach dem Anschlag waren sie alle wieder da. Politiker, Experten und Bessermänner, die verlaun lassen, wer denn jetzt alles Schuld habe und was man endlich ändern müsse. Fakt ist, der Staat ist nicht mehr in der Lage, seine Bevölkerung hinreichend zu schützen. Regionale Behörden und Verwaltungschefs sind mit der Situation der Abschiebung anscheinend völlig überfordert. Es gibt keine einheitlichen Standards, jedes Bundesland legt die Gesetzgebung für sich anders aus. Hinzu kommen Aussagen von Politikern, die einem die Zornesröte ins Gesicht treiben. So meinten führende Politiker der Grünen, wenn in einem Wohnviertel nur noch Arabisch gesprochen wird, sollten die dort lebenden Deutschen eben Arabisch lernen. Der SPD-geführte Senat in Berlin steht auf dem Standpunkt, egal wie ein Asylverfahren ausgeht, jeder kann bleiben. Das ist der Nährboden für Ereignisse wie in Hamburg. **FRANK RUDOLPH, BERGHEIM**



Die Bauern finden Wölfe gar nicht putzig, sondern wollen sie zum Abschuss freigeben. Foto: dpa

## Irrationale Ängste geschürt

**WÖLFE** Zu „Das wilde Tier – und wir“ (Ausgabe vom 9. 8.)

### Scheue Tiere

Bauern und Jäger wollen den Wolf zu Abschuss freigeben. Vom Wolf geht für den Menschen keine Gefahr aus. Kein einziger Angriff dieser scheuen Tiere wurde in Deutschland und von den Nachbarländern mit größeren Wolfspopulationen gemeldet. Aber die Einfluss-„reiche“ Lobby verbreitet irrationale Ängste. Wer in Deutschland Massentierhaltung mit ihren tausendfachen Kollateralschäden akzeptiert, ist der Falsche, um sich über vereinzelt gerisene Schafe aufzuregen. Wieso kommen Jäger und Bauern, oft beides in einer Person, dann nicht auch auf die Idee, verstärkt Rehe, Hirsche und Wildschweine zu dezimieren. 2016 starben in Deutschland 13 Menschen bei 263 000 Wildunfällen und 608 wurden zum Teil schwer verletzt – die Fallzahlen steigen jährlich. Da wären Wölfe doch ein wirksames Regulativ zum Schutz der Bevölkerung. **JÜRGEN SCHRÖDER, KÖLN**

### Finger am Abzug

Die Jägerlobby kann mal wieder nicht ihre Finger vom Abzug las-

sen. Renaturierung hin und her, aber doch nicht im Jagdrevier. Welcher Jäger möchte sich nicht mal mit einer Jagdtrophäe „Wolf“ schmücken? Ich möchte wetten, die Landwirte, die das Gutachten mit beauftragt haben, zählen zum größten Teil sicher zur Jägerzunft, zumindest aber der herbeigerufene Gutachter scheint einer der ihren zu sein, zudem er Bücher über die Jagd geschrieben hat. Wen soll so ein solches Gutachten überzeugen? Wölfe stehen in Deutschland unter Schutz, und so soll und muss es in Zukunft bleiben. Die Überschrift lautet „Das wilde Tier – und wir“ – vielleicht hätte der Titel besser heißen sollen „Das wilde Tier sind wir“.

**SUSANNE ZELTINGER-LEHMKÖSTER, KÖLN**

### Mehr Respekt, bitte

Kaum ist der Wolf als Gast bei uns, da wird er schon von Landwirten aufs Korn genommen. „Ein von Landwirten und Jägern beauftragter Gutachter hat sich für einen bezgrenzten Abschuss von Wölfen in NRW ausgesprochen“ – was für ein Zufall, oder sollte man sagen: Wes Brot ich ess, des Lied ich singe? Gerade Landwirte, die immer

wieder unangenehm auffallen durch Fleischskandale, überdüngte Felder und übermäßigen Einsatz von Pestiziden – ein Grund für das Bienensterben –, sollten mehr Respekt der Natur gegenüber aufbringen. Aber alles, was sich nicht unterordnen lässt, wird gnadenlos vernichtet. Wer für die Tiere in der freien Natur ist, wird gerne als ahnungsloser Stadtmensch abgetan. Jetzt wurde mit dem Wolf wieder ein Übeltäter ausgemacht. Jäger glauben, ohne sie könne die Natur nicht funktionieren. Die Natur kann sehr gut ohne Jäger funktionieren. Dafür brauchen wir nur den Lebensraum der Tiere und Pflanzen zu respektieren, anstatt alles auszurotten. Man sollte die Tiere bewaffnen, damit wenigstens Chancengleichheit herrscht. Es gehört ja sehr viel Mut dazu, auf wehrlose Tiere zu schießen, und noch mehr Mut, es nicht selbst zu tun, sondern es zu fordern – wie die Bauern es derzeit tun. **GALO ALVAREZ-MARTIN, BERGISCH GLADBACH**

Unsere Leserinnen und Leser haben hier mit ihren Meinungen das Wort. Wegen der großen Zahl der Briefe kann nur eine Auswahl veröffentlicht werden; ebenso sind Kürzungen oft unvermeidlich.

## Mit der Reichweite schafft sie es

**NRW** Zu „Umweltministerin will Tesla nicht“, Pro und Kontra von Joachim Frank und Gerhard Voogt (Ausgabe vom 12./13. 8.)

### Sie muss handeln

Der Verzicht der NRW-Umweltministerin Schulze Föcking drückt das ganze Dilemma der Elektroinfrastruktur aus. Die Kombination aus fehlender Batteriereichweite und nicht ausreichender Dichte von Ladestationen steht der Nutzung von Elektrofahrzeugen bundesweit im Wege. Hier ist die Politik, auch die Umweltministerin, zuständig. Wenn diese die Elektromobilität predigt, hat sie auch für ausreichende Infrastruktur der Ladestationen zu sorgen. Ihr Rückzieher ist eine umweltpolitische Bankrotterklärung. **NORBERT EBELSHÄUSER, KÖLN**

### Teure Alternative

Es wird zitiert, dass der Ex-Umweltminister Rimmel einen Tesla für mehr als 110 000 Euro und mit 422 PS beschafft hat. Wie konnte er nur! Diesen „Rennwagen“ will die neue Umweltministerin Schulze Föcking nicht behalten. Wie löblich! **Stattdessen beschafft sie einen Mercedes S 500 Hybrid. Der kos-**



NRW-Umweltministerin Christina Schulze Föcking Foto: dpa

tet laut Liste ab 109 000 Euro und hat 449 PS. Ich sehe da keinen großen Unterschied. Aber sie wird dafür viel Lob bekommen. Ich hätte vom „Köln Stadt-Anzeiger“ erwartet, dass er diesen Zusammenhang auch herstellt. **JOCHEN LACOMBE, LEICHLINGEN**

### Argument zieht nicht

Das Pro und Kontra wirft ein schräges Licht auf Politiker, deren private Interessen und Annehm-

### KURZ UND KNAPP

#### Schöne Ablenkung

Die Eiergeschichte kam ja mal wieder passend, um eine andere Sache, den Dieselbetrug, aus dem Fokus zu nehmen!

**ADOLF HERRMANN, KÖLN**

#### Kontrolle hat versagt

Ich bin verwundert, dass soviel über Vertuschung in Belgien und über die Bauern geschrieben und gesprochen wird. Es hätte sehr viel früher auffallen müssen, weil ja alle Produktionsbetriebe eine Güte- und Qualitätskontrolle haben. Die Kontrolle versagt, und hier muss Druck ausgeübt werden, damit Fehler früher gemeldet werden. **HORST BANK, KÖLN**

#### Kickt doch selber

Durch den neuen Bundesliga-TV-Vertrag wird alles teurer und unübersichtlicher. Beim Fußball tritt also verstärkt der Profit in den Vordergrund. Wer bezahlen kann, darf sehen. Leute, macht die Glotze aus, schnappt euch eure Freunde und einen Fußball, spielt, und feiert euch anschließend selbst. Das kostet nichts, macht Spaß, hält fit und verbindet. **HELGA GRUIS, KÖLN**

#### Es geht auch ohne

Es gibt auch Kneipengänger, die in Ruhe ein Paar Kölsch trinken, ihren Halven Hahn dabei genießen und mit Freunden etwas quatschen wollen, ohne dabei von ständigen Fußballübertragungen genervt zu werden. Ich bin froh über jede Kneipe, die mich davon verschont. **GERD SCHRÖDER, KÖLN**

#### Da lernt man was

Dank Ihrer Berichterstattung findet das an der Universität Köln veranstaltete deutsch-türkische Demokratiecamp einige Beachtung. Die Zukunft der deutsch-türkischen Partnerschaft liegt im sachli-

chen, differenzierten, geduldigen, vor allem aber konstruktiven Dialog. Was die Studenten hier leisten, verdient großen Respekt – und Nachahmung. Wie schade, dass der türkische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin nicht dabei waren, sie hätten von den Studenten lernen können. **PROF. DR. BERNHARD KEMPEN, REMAGEN**

#### Weltpolizei USA

Mit welcher Berechtigung müssen sich die USA als Weltpolizei mal wieder in innere Angelegenheiten eines souveränen Landes einmischen? Nur weil die Präsidenten Maduro und El Aissami nicht nach den „Regeln“ der USA tanzen? In Wirklichkeit stecken wirtschaftliche Interessen am Öl dahinter. Demokratische Prinzipien sind doch völlig uninteressant. **ROBERT HANRATH, BERGISCH GLADBACH**

#### Geld satt

Seltsam, für seine betrogenen Dieseldkunden hat der VW-Konzern kein Geld. Aber die Uefa und überhaupt den Fußball mit wahrscheinlich Millionen zu „unterstützen“, dafür hat VW Geld genug. Wie gesagt: Seltsam! **HANS-JOACHIM GERLITZ, MECHERNICH**

#### Lüge und Intrige

Im Artikel über das Vorgehen des CDU-Politikers Althausmann in Niedersachsen äußert der Autor seine tiefe Bewunderung darüber, dass Althausmann genau wisse, wie man mit gezielten Bemerkungen oder beredtem Schweigen die Dinge am Kochen hält. Wenn jemand einen integren Menschen wie in diesem Fall Stephan Weil auf diese Weise beschädigt, sollte man es als das bezeichnen, was es ist: Lüge, Heuchelei, Intrige und moralisches Fehlverhalten. **WINFRIED RUMP, RUPPICHTEROTH**

## Handelskammer könnte zum Vorreiter werden

**INTERVIEW** Zu „In zehn Jahren sind Elektroautos in Köln Standard“ – Gespräch mit IHK-Präsident Werner Görg (vom 8. 8.)

### Das macht Sinn

Werner Görg hat ein lesenswertes Interview zum Thema „Elektroautos in Köln“ gegeben. Die Idee eines innovativen „Rheinland-Valley“ macht Sinn und muss von Politik und Wirtschaft begleitet werden. Im Vergleich zum Standort Berlin muss ich allerdings bemerken, dass auch Berlin ein Technische Universität hat, die sich mit der TH Aachen messen kann. **GÜNTER BECKER, KÖLN**

### Riesiges Problem

Was passiert eigentlich mit den „verschlissenen“ Akkus, wenn es soweit ist? Wenn die Dinger genauso lange halten wie bei meinem iPhone – dann gute Nacht. Dann haben wir irgendwann ein riesiges Giftmüllproblem. Gibt es genügend umweltfreundlich erzeugten Strom, um die vom IHK-

Präsidenten prognostizierten 50 000 Autos in Köln zu versorgen? Oder kommt da der Strom wieder nur aus der Steckdose, die mit Braunkohle gefüttert wird? **KAI-UWE DORSCH, KÖLN**

### Selbst investieren

Der Einsatz der IHK und ihres Präsidenten für unsere Stadt ist beachtlich. Doch wäre es für die gewünschte und erforderliche Mobilität der Unternehmen und Pendler nicht sinnvoll, dass auch die Mitglieder der IHK investieren? Gibt es denn schon Parkplätze für Elektroautos mit Ladestationen? Werden Job-Tickets massiv angeboten und finanziell unterstützt? Meine Wahrnehmung ist eher, dass jedes Unternehmen seine Kosten senken und Profite erhöhen will, aber lieber die anderen für bessere Infrastruktur sorgen sollen. **ULI WINKELMANN, KÖLN**

### Leserforum

**Köln** Stadt-Anzeiger, Leserbrief, 50590 Köln  
**Telefon:** 02 21 / 224 33 77 **Telefax:** 02 21 / 224 25 24  
**E-Mail:** ksta-leserbriefe@dumont.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerungen der Redaktion. Briefe/E-Mails ohne Angabe von Name und Adresse können nicht veröffentlicht werden. Bitte geben Sie für Rückfragen Ihre Tel.-Nummer an.